

1 Antrag 2

2

3 **Antrag:** ARGE

4

5 **Antragsteller:** Vorstand SPD Kreisverband Viersen

6

7 **Adressat:** SPD Kreistagsfraktion

8

9

10 Der Kreisparteitag möge beschließen:

11

12 Der Kreisparteitag bittet die Kreistagsfraktion, über den Kreistag eine Lösung anzustreben, die ein Höchstmaß an Zusammenarbeit der Arbeitsagentur und der Kommunen sicherstellt.

13

14 Bürokratische Schwierigkeiten und Eitelkeiten dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeitssuchenden und Kommunen ausgetragen werden, eine sachgerechte Lösung ist dringendst erforderlich.

15

16

17

18

19

20 **Begründung:**

21 Nachdem das BVerfG im Jahre 2007 die Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Form der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die aus den örtlichen Arbeitsagenturen und den jeweiligen Kommunen besteht (ARGE), feststellt, ist eine Neuordnung dringend erforderlich, da das Gericht den Gesetzgeber aufforderte, bis Ende 2010 eine Neuregelung zu schaffen. Ein Anfang 2009 eingebrachter Gesetzentwurf wurde durch die Bundestagsfraktion CDU/CSU abgelehnt. Zur Zeit ist nicht absehbar, wie die Neuregelung ab dem 01.01.2011 aussehen soll, es ist also dringender Handlungsbedarf festzustellen.

22 Bei einer Entscheidung für zwei verschieden, getrennte Aufgabenwahrnehmungen müssen die bestehenden Strukturen aufgelöst werden, es gibt dann für die Arbeitssuchenden zwei verschiedene Ansprechpartner, zwei verschiedene Bescheide, zwei voneinander unabhängige Bürokratien.

23 Eine solche Lösung kann nicht im Sinne einer sinnvollen und zweckmäßigen Aufgabenwahrnehmung stehen, letztendlich wären nur nicht nur die Arbeitssuchenden Menschen erheblich benachteiligt, gleichzeitig käme es auch zu einer Aufblähung der beiden Behörden. Zusätzliche finanzielle Mittel wären erforderlich, die dann nicht wieder für die tatsächlichen Aufgaben eingesetzt werden können.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

angenommen

abgelehnt

weitergeleitet